

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Feilzeile oder deren Raum 40 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 160.

Donnerstag, den 11. Juli 1918.

25. Jahrg.

Zwei neue Sittlichkeitsgesetze.

Von Max Quard, M. d. R.

Die Ausschüßberatungen der sogenannten Sittlichkeitsgesetze im Reichstag nähern sich ihrem Ende. Den Druck der Regierung, die Vorlagen noch in dieser schwerbelasteten Session zu erledigen, haben in der Hauptsache die Sozialdemokraten aufgefangen, weil sie wissen, was dem deutschen Volke, namentlich mit dem zweiten Gesetze, beschert werden soll: mit der gesetzlichen Verhinderung der Geburtenregelung. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fand in ihnen desto eifrigere Förderer. Sein Zustandekommen würde auch reichlich genügen, um die Schäden, die der Krieg der Volksgesundheit auf dem Gebiete der Fortpflanzungsmöglichkeiten zufügt, heilen zu helfen. Aber die Regierung will mit gewissen Zugeständnissen für den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten die Zustimmung des Reichstages auch für den Don-Quixote-Kampf gegen die Geburtenverhinderung erreichen. Deshalb behandelt sie die beiden Vorlagen als etwas Zusammengehöriges und Untrennbares. Der Reichstag braucht dieses Manöver nicht mitzumachen. Über seine Mehrheit steht auf dem Regierungstandpunkt und glaubt würde welche Leistungen zu vollbringen, wenn sie die empfängnisverhütenden und schwangerschaftsstörenden Mittel verbietet.

Schon daß die zweite Vorlage diese beiden Arten von Mitteln immer in einem Atem nennt, ist ein Fehler. Man kann die Störung der Schwangerschaft durch künstliche Mittel und namentlich die häßlichen Geschäftsmethoden dieses modernsten Zweiges der Gesundheitsindustrie verurteilen, obgleich auch hier die Grenze zwischen ganz einfachen, seit Jahrhunderten im Schwange befindlichen Mitteln und raffinierten Werkzeugen der Neuzeit in der Wirkung schließlich kaum zu ziehen ist, und man braucht deshalb nicht Gegner einer kulturellen Geburtenregelung zu sein. In den Köpfen der Regierenden und der bürgerlichen Parteien hat die geschmackliche Berliner Parole, die vor einigen Jahren mit dem „Gebärstreik“ ausgegeben wurde, Verwirrung angerichtet. Manche Leute glauben im Ernst, daß die deutschen Arbeitermütter überhaupt keine Kinder mehr auf die Welt bringen wollten. Als ob sich jemals in einem gesunden Weibe die Sehnsucht nach einem Kinde ertönen ließe! Nur müssen gesellschaftliche Verhältnisse angestrebt werden, die eine größere Anzahl von Kindern nicht zur unerträglichen und herabziehenden Last für die Familie machen. Das ist des Pudels Kern! Inzwischen bedeutet es umgekehrt gerade steigende Kultur und steigende Schätzung des Qualitäts- und Persönlichkeitswertes der aufziehenden Menschheit, wenn die Eltern ihre Kinderzahl den sozialen Verhältnissen anpassen. Sie behüten damit die Gesellschaft im voraus vor einer Menge weniger gesunder und weniger tauglicher Mitglieder, die vielfach eine Last, aber keine Förderung der Menschheit bedeuten würden. Nur die Natur selbst kann sich gestatten, Keime in verschwendlicher Fülle wahllos auszustreuen und 90 Prozent von ihnen untergehen zu lassen, damit die 10 Prozent, die übrig bleiben und gedeihen, die Art desto sicherer und lebenskräftiger fortpflanzen, weil sie die widerstandsfähigsten waren. Der Kulturmenschen dagegen schadet die wahllose Menschenfortpflanzung. Sie schädigt Mutter und Familie und Gesellschaft, die so viel minderwertige Bürde mitschleppen müßte und deren gesunde Teile auch noch durch das Verderben der schlechterdings nicht zu erhaltenden Ueberzahl von Kindern mit angefaßt würden. Das ist der große Unterschied, den die Kreise nicht beachten, die sich in beiden Fällen auf das „Naturgesetz“ berufen. Kultur heißt, die Natur zum fortschreitenden Menschheitsaufstieg meistern. Bemühte Geburtenregelung ist ein Stück dieser Kultur. Freilich heißt sie nicht schlechthin Ein- oder Zwei-Kinder-System! Das kommt auf die Fülle der Güter an, die einer Volksgemeinschaft zur Verfügung stehen. Völker mit weitem Nahrungs- und Kulturspielraum werden mehr Kinder für die einzelne Familie übernehmen und körperlich und geistig gesund großziehen können, als solche mit engen Nahrungsgrenzen. Und da heute die Lebensmöglichkeiten innerhalb desselben Volkes für Bemittelte und Unbemittelte verschieden ist, könnte man den ersteren bei der Fortpflanzung mehr zumuten als den letzteren. Jedes Verbot empfängnisverhütender Mittel schlägt aber umgekehrt leicht in ein Klaffendes Gesetz gegen die Massen aus, denen man starke Kinderproduktion in weit höherem Grade zumutet, als den Wohlhabenden, und die ihre steigende Kultur an diese Massenproduktion drangeben sollen, während die Bemittelten mit ihren meist sehr kleinen, aber auch mit größerer Kinderzahl für die Gesamtheit gar nicht ins Gewicht fallen.

Um diese Gesichtspunkte hat man im 16. Reichstagsauschüß gekämpft, ohne daß die Anerkennung dieser Winke wahrheiten durchgedrungen wäre. Es kommt das Verbot aller Mittel beider Art; nur der Rordon für den Mann bleibt erlaubt, der gleiche Schutz für die Frau wird verboten. Es wird also auch noch ein gewisses Männerrecht gesetzlich befestigt. Und weil man ganz genau weiß, daß ein hartes Steigen der Geburtenzahl

unter den heutigen Verhältnissen die Folge sein muß. Abtreibungen, die ja auch ohne jedes Werkzeug bewerkstelligt werden können, so sollen noch Bestimmungen getroffen werden, die den Ärzten in bezug auf ihre Hilfe bei Abtreibungen die Hände binden. Wie diese Vorschriften lauten, ist noch Geheimnis der Regierung. Selbst dem Ausschüß wurden sie bisher nicht verraten. Sie entsprechen Anregungen aus den Kreisen der bürgerlichen Mittelparteien. So bekommen auch die Ärzte zu spüren, wie wenig sie sich um die wichtige Sache gerade jetzt, in der entsetzlichen Zeit, kümmern. Ist es doch so bezeichnend wie nur möglich, daß der eben geschlossene Deutsche Arztetag in Eisenach an der ganzen Materie mit vollkommenem Stillstand liegen vorübergegangen ist!

Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Parlament über die Maßregeln gegen Geschlechtskrankheiten ist soweit gediehen, daß man sich endlich über den allgemeinen Behandlungszwang geeinigt hat. Jedermann, Mann oder Frau, der verdächtig ist, die Krankheit weiter zu verbreiten, kann in ärztliche Krankenhausbearbeitung von Gesetzes wegen genommen werden. Das ist ein großer Fortschritt, wenn auch die Meldepflicht noch fehlt. Man will sich darauf verlassen, daß Private, Verwaltungsbehörden und Ärzte auch ohne den direkten Zwang zur Meldung die gefährlichen Fälle doch der Heilung zuführen werden, die ihnen in ihrer Gesundheits-, Kassen- und Armenpraxis unterlaufen. Nicht geallt ist leider die Beseitigung der alten Polizeireglementierung für Prostituierte. Hier hielt die Regierung und bürgerliche Parteien unverbrüchlich daran fest, daß die bekannte Entziehung der mehrfach bestrafte Dirnen als „Schreckmittel“ bestehen bleiben müsse. Aber auch die freiere Behandlung nicht bestrafte Prostituierte, die sich künftig bei Privatärzten ohne sonstige Polizeiaufsicht lassen behandeln lassen können, wurde nachträglich der Raum dadurch beträchtlich eingeeignet, daß namentlich das Zentrum sehr weitgehende Wohnungsbeschränkungen auch für diese Frauengruppe durchsetzte. Ihm erscheint das sogenannte „Bremer System“ deshalb als Ideal, weil unter ihm die Prostitution in einer einzigen Strafe stark zusammengekrängt und angeblich in der übrigen Stadt spurlos ausgelöscht werden kann. Das letztere ist auch schon für Bremen ein ungeheurer Irrtum, geschweige denn für größere Städte. Aber für manche Leute ist schon die Hauptsache getan, wenn nur die äußere Wohlstandigkeit im Bild einer Stadt gewahrt erscheint. Sie haben keine Ahnung davon oder wollen keine haben, daß die Männer für Gelegenheit zum Verkehr auch außerhalb der engen Kreise sorgen, die sie sorgfältig gezogen zu haben glauben.

Zwei „Sittlichkeitsgesetze“, die tief in das Leben unseres Volkes einschneiden werden, sind also nicht vor ihrer Vollendung. Sie werden das Gepräge einer Uebergangszeit mit großen Umwälzungen im gesellschaftlichen Leben tragen, in der sich die Betroffenen der Pflicht noch wenig bewußt waren, an der politischen Arbeit für die Gestaltung dieser Dinge kräftig teilzunehmen. Unser Volk wird dann erst aus der guten und bösen Erfahrung gründlich weiter lernen müssen.

Die innerpolitische Lage.

Der Reichskanzler ist aus dem Hauptquartier zurückgekehrt und hat sich durch seinen Stellvertreter v. Payer bereit erklärt, am Donnerstag oder Freitag im Hauptauschüß Aufklärung über die Vorkommnisse im Hauptquartier zu geben.

Wie Berliner Blätter wissen wollen, soll erst am letzten Sonnabend eine neue Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien zustande gekommen sein. Payer war hiernach bereit, zurückzutreten, soll aber durch die Aussprache hiervon abgekommen sein.

Wie weiter gemeldet wird, hat Hertling, aus seiner prekären Situation heraus, insofern korrekt zu handeln geglaubt, als er aus dem Großen Hauptquartier in einem Telegramm den Vizekanzler v. Payer, als den Vertrauensmann der Mehrheitsparteien, über den Stand der Dinge rechtzeitig unterrichtete. Admiral v. Sinsge, telegraphierte der Reichskanzler, sei für den Posten an die Spitze des Auswärtigen Amtes in Aussicht genommen. Sein Verbleiben im Reichskanzleramt biete die volle Sicherheit für die Beibehaltung des jetzigen Regierungskurses, und nach einer Rücksprache mit Herrn v. Sinsge habe er die Uebergewinnung gewonnen, daß er auch die bisherige Politik vertreten werde. Es ist indessen noch bei jedem Systemwechsel versichert worden, der Kurs bleibe der alte, und es kam dann doch meist ganz anders. Schon aus diesem Grunde, zu dem in diesem Falle ja noch recht zahlreiche Gründe hinzukommen, ist solchen Erklärungen gegenüber Mißtrauen durchaus am Platz.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

WTB, Berlin, 10. Juli, abends (Amtlich.)

Von den Kampfzonen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

Wien, 10. Juli. (Amtlich.)

Im Brenta-Tal schlagen unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß ab.

Unsere albanische Südfront wurde vor dem Druck starker feindlicher Kräfte über die Linie Berat-Tyrrid zurückschoben. Die Gefechtsberührung war seit gestern früh nur sehr locker.

Ueber die Ermordung des Grafen Mirbach

erfährt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nach Mitteilungen von Augenzeugen folgende Einzelheiten: Die beiden Mörder hatten sich durch gefälschte Ausweispapiere beim Gesandten erwirkt. Die Unterredung fand in Gegenwart des Geheimrats Riezler und des Leutnants Müller statt. Die drei deutschen Herren hatten mit beiden Mördern an einem Marmortische in der Mitte des Zimmers Platz genommen. An der einen Seite des Tisches saßen die Mitglieder der Gesandtschaft, an der andern die Russen. Die Herren saßen alle in niedrigen tiefen Lederstühlen, was für den Ueberfallenen einen Nachteil, für die Mörder einen Vorteil bedeutete. Diese konnten unauffällig unter der Platte des Marmortisches ihre Waffen bereithalten, während ihre Opfer in ihrer zurückgelehnten Lage ein bequemes Ziel boten und an schnellem Widerstande gehindert waren. Während der Unterredung begannen die Täter in Aktenbündeln zu blättern, als ob sie ein Papier suchten, und durch die so entstandene Pause wurde die Aufmerksamkeit der deutschen Herren abgelenkt. Während der Gesandte und seine Mitarbeiter glaubten, daß die Russen in ihr Material vertieft seien, hatten diese unter dem Tisch die Waffen hervorgezogen, und dann spielte sich die Mordeat in wenigen Sekunden ab. Die Russen sprangen mit hocherhobenen Revolvern auf und begannen das Feuern. Der eine Mörder hatte den Gesandten aufs Korn genommen, der andere schob abwechselnd auf Legationsrat Riezler und Leutnant Müller. Eine Gegenwehr war den Herren, die unbewaffnet waren, in den ersten Sekunden nicht möglich. Der Gesandte war gleich bei den ersten Schüssen am Hinterkopf getroffen. Auf die Schüsse eilten Leute aus den Nebenzimmern herbei. Dies war für die Mörder das Signal zur Flucht. Bevor sie zum Fenster hinaus sprangen, warf jeder von ihnen eine Handgranate. Nur eine explodierte. Sprengstücke trafen Mirbach. Sie wirkten sofort tödlich. Inzwischen hatten sich die Mörder zum Fenster hinausgeschwungen und waren entkommen.

Landung von französischen und serbischen Truppen in Archangelst.

Die Moskauer Presse meldet: Am 23. Juni landeten im Hafen von Archangelst etwa 10000 Franzosen und Serben. Der kommandierende General erklärte, er wolle die Stadt vor einem Ueberfall deutscher Kriegsgefangener schützen. (!) Es werden Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt. Die Bahnen im Gouvernement Samara sind in Belagerungszustand erklärt. In einer Bekanntmachung der Regierung wird der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre als niedergeschlagen bezeichnet. Die Stadt zeigt wieder ein normales Bild. Es sollen etwa 1000 Verhaftungen vorgenommen sein. Der Eisenbahnverkehr ist verläufig unterbrochen. In Richtung Jekaterinburg-Tscheljabinsk rücken die Räteruppen gegen die Tschuschen und Kosaken siegreich vor, ebenso in Richtung auf Lokalsk. Im Kuban-Gebiet wurden die Stationen Weliko-Anjastaja und Torgowaja von den Kosaken besetzt.

Nach einem Amsterdamer Blatt melden „Times“ aus Tokio: „Der Korrespondent der japanischen Zeitung „Nishi“ in Wladiwostok berichtet, daß bei den Kämpfen in Wladiwostok heftige Artilleriefeuer geschloßelt wurde, es waren Maschinengewehre aufgestellt, und es kam zu erbitterten Straßengefechten. Der Dampfer „Simbirsk“ der russischen Freiwilligenflotte, der zahlreiche Treffer erhielt, entkam aus dem Hafen.“

Nach dem „Avanti“ hat die Mehrheit der Tschuschen-Slowaken beschlossen, in den Reihen der Bolschewiki zu kämpfen. Eine Proklamation forderte die tschecho-slowakischen Soldaten auf, ihre falschen Propheten und bisherigen Führer zu verjagen und gegen die Gegenrevolution die Waffen zu ergreifen. — Ein solcher Beschluß würde die Lage im Osten ganz wesentlich zugunsten der Bolschewiki beeinflussen.

Die Räte des norwegischen Niederkapitals.

Es besteht noch keine Aussicht auf Abschluß der Verhandlungen zwischen Amerika und Norwegen über die Frage der norwegischen Schiffsneubauten, die auf amerikanischen Werften hergestellt werden. Von solchen Schiffen, die für

normale Rechnung auf amerikanischen Werten besteht sind, befinden sich bereits 180 000 Tonnen für Amerika in Fahrt und die Reeder erhalten nicht einmal Zinsen für die 150 Millionen Kronen, die sie amerikanischen Werften bezahlt haben. Die Lage ist nun so unhaltbar geworden, daß der Ausschuß des norwegischen Reederverbandes zur Erörterung der Schwierigkeiten zusammenberufen wurde.

Die norwegischen Reeder ernten, was sie gesät haben. Sie haben ungeheure Kriegsgewinne gemacht, haben sich aus Profitpolitik den amerikanischen Wünschen gefügt, und nun nehmen die Amerikaner, da sie den kleinen Finger leicht erhielten, sie üblich auch die ganze Hand.

Der dankbare Franzose.

In Frankreich ist ein Buch von Maurice Wullens erschienen, das „Dans la mêlée“ (im Streit, im Handgemenge) heißt und die Erinnerungen des Verfassers an Jahre deutscher Kriegsgefangenschaft enthält. Die Widmung dieser Schrift lautet:

„Meinem Bruder, dem württembergischen Soldaten, dessen Namen ich nicht kenne, der am 30. Dezember 1914 im Bois de la Grurie, indem er voll Gelmut von seinem tödlichen Beinamen abließ, mir das Leben rettete; dem Freunde Leonhard Helm, der im Kriegsgefangenenlager Darmstadt mit mir wie ein guter Vater pflegte, und den Kameraden Erhardt, Albert Kiefer und Karl Busfinger, die mit mir wie Menschen sprachen; ungerne, die manchen anderen, deren Namen ich nicht kenne: ihnen widme ich in Herzlichkeit diese Zeilen.“

Solche Menschen wie dieser Franzose gibt es in allen jetzt einander feindlichen Völkern, und in allen Völkern sind sie auch während des Krieges ihren Gesinnungen treu geblieben.

Französische Nationalratsstagung.

Der Vorstand der französischen Sozialdemokratie hat beschlossen, am 28. und 29. Juli eine neue Tagung des Nationalrats stattfinden zu lassen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Der Stand der „Humanität“. 2. Die politische und internationale Lage.

Die Kabinettsfrage in Holland.

Das neue holländische Kabinetts ist noch nicht gebildet worden. Aber aus dem Gleich von Rechts und Links, das die Wahlen erbrachten, ist jetzt doch ein Ungleich geworden. Denn zwei der Gewählten, ein Christlichsozialer und ein Christen-Demokrat, haben Erklärungen abgegeben, aus denen zu entnehmen ist, daß sie sich zur Rechten rechnen, so daß eine konservative Mehrheit von 52 Stimmen in der Kammer gefestigt ist.

Aus den Erwägungen zur Kabinettsbildung sei erwähnt, daß „Het Volk“ den Gedanken eines Zusammengehens der Katholiken mit den Sozialdemokraten als der zweitgrößten Partei erörtert. Das Blatt weist darauf hin, daß eine Reihe von Programmpunkten der Katholiken — darunter Wählertage, Abrüstung, Friedensbemühungen im Sinne der päpstlichen Note — die Zustimmung der Sozialdemokraten hätten. Das Blatt gelangt aber zu dem Ergebnis, daß es zu solchem Zusammengehen nicht kommen werde.

Die Katholikenpartei, die mit 30 Sitzen die stärkste ist, ist über die Besetzung des Ministeriums nicht einig. Sie hat zwar ihre Kabinettsanwärter, aber ihr Führer Dr. Nolens möchte die Aufgabe lieber der Partei der Antirevolutionären zuschieben, wovon aber wieder deren Führer, der ehemalige Ministerpräsident Dr. Kuyper, wenig erbaut ist. Er möchte seiner Partei, wie er in einem Artikel ausführt, die Gefahr eriparen, einen politisch guten Namen zu verlieren, und meint schließlich, das Beste wäre, der bisherige Ministerpräsident Cort van der Linden bliebe im Amte.

Diese Unentschlossenheit und Abneigung muß natürlich der Rechten ihre Aussichten noch mehr verbessern.

Die Opposition gegen das spanische Spionagegesetz.

Die Widerheitsparteien, Reformanhänger, Republikaner und Sozialisten veröffentlichten eine gemeinsame offizielle Note, in der sie sagen: 1. Die Haltung der Widerheit in der Sitzung vom 6. Juni wurde bestimmt durch die Tatsache, daß das Spionageabwehrgesetz einen Verstoß darstelle gegenüber den konstitutionellen Grundgesetzen und organischen Gesetzen, da sie darauf abzielt, die herrschende Majorität zu mißbrauchen, um die Opposition zu erstickern, alle Debatten fruchtlos zu machen. 2. Die Abgeordneten der Widerheit beklagen sich über die Regierung, die entschlossen scheint, die Opposition zu vernachlässigen, um nur den ihr ergebenen Faktoren zu nützen und so die Wirksamkeit des parlamentarischen Regimes zu gefährden. 3. Sie schämen sich an, außerhalb der Kammer, alle Akte der Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren mit allen geeigneten Mitteln, hauptsächlich durch Aufrechterhaltung des Widerstandes im Volke gegenüber den von der Regierung angewandten Mitteln, um das erwähnte Gesetz zur Bekämpfung des Spionagewerkes durchzuführen.

Die Ententeoperation in Spanien.

Nach einem Madrider Telegramm der „Königlichen Zeitung“ vom 10. Juli bringen die Zeitungen „Nacion“ und „Tribuna“ aufsehenerregende Enthüllungen über die Verbandsoperationen in Spanien. Daraus ist folgendes hervorzuheben: Nachweis der Fälschung des Rundschreibens der deutschen Botschaft durch das der englischen Botschaft unterstellte Komitee of Information, das in Wirklichkeit der Mittelpunkt der Verbandsoperationen ist, und Aufdeckung der Action française militärische, deren Mitglieder unter dem Schutze der französischen Botschaft als Hilfskräfte des französischen Kriegsministeriums wirken und in gewaltigem Umfange Kriegsmaterial ankaufen und besonders die Anfertigung von Munition für Frankreich veranlassen. Die Hauptagenten sind Adjutant Cathelin, Barcelona, und für Amerika Major Brown, der die Versorgung des amerikanischen Heeres aus Spanien in die Wege leitet. — Am 26. Juni veröffentlichte die Zeitung „Nacion“ Schriftstücke, wonach die französische Botschaft durch das französische Konsulat in Barcelona in Verbindung mit dem Chef des französischen Spionagedienstes spanische Kanister auf spanischen Dampfern mit 300 Kisten monatlich beschaffte, wofür sie in Geheimverabredung an eine Deckadresse in Barcelona die Anwesenheit deutscher U-Boote mit genauer Ortsangabe zu melden haben und ferner die Anwesenheit deutscher Jagdflugzeuge auf spanischen Schiffen und kann noch alles, was für die Kriegskasse des Verbandes von irgend welchem Werte sein könnte. Die Fertige mit diesen bezogenen Beamten, von denen

Denk an die Ludendorff- Spende für Kriegsbeschädigte!

13 schon im März in Dienst genommen wurden, wurden auf der französischen Botschaft in Barcelona ausgefertigt. Die gesamte spanische Presse gibt die Enthüllungen der „Nacion“ wieder. Die neutralistischen Zeitungen wollen die Enthüllungen der Verbandsoperation fortsetzen und erklären, übereinstimmend mit der gesamten öffentlichen Meinung Spaniens, das Verhalten der Verbandsmächte um so unwürdiger, als es die Neutralität Spaniens, wovon der Verband infolge der ungeheuren Kriegskonterhande bisher den größten Nutzen zog, noch viel ernstlicher in Gefahr bringe.

Anklage gegen Bratianu.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß die neue rumänische Regierung die Behörden und die von der Regierung abhängigen Banken von den Günstlingen und Parteigängern Bratianus säubere. Gegen den Führer der liberalen Partei, der das Land in so verhängnisvoller Weise in den Abgrund des Krieges gezogen habe, soll eine Anklage wegen Verletzung der Ministerverantwortlichkeit erhoben werden, die besonders auch auf jenem Artikel der Verfassung basiert, der besagt: „Die Zulassung einer fremden Truppe in den Dienst des Staates, die Erlaubnis für sie, das Gebiet Rumäniens zu besetzen oder durch dieses Gebiet zu ziehen, kann nur auf Grund eines besonderen Gesetzes erfolgen.“ Bratianu hat diese Bestimmungen ebenso offensichtlich mißachtet wie er eine rechtzeitige Mitteilung des militärpolitischen Abkommens mit Rußland an die Kammer unterlassen hat. Wird der ehemalige Ministerpräsident für schuldig erklärt, so droht ihm die Entziehung des Rechtes zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von drei Jahren bis auf Lebenszeit. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kann aber einen gelinden Zweifel nicht unterdrücken, ob es der rumänischen Regierung auch bitter Ernst ist, oder ob sie nur Theater spielen wolle.

Eugen Debs verhaftet.

Nach einer Meldung aus New York haben die amerikanischen Behörden den Sozialisten Eugen Debs verhaftet, der viermal sozialistischer Präsidentschaftskandidat in den Vereinigten Staaten war. Er wird beschuldigt, in öffentlicher Ansprache den kriegsfreundlichen Beschluß der amerikanischen Sozialisten abfällig kritisiert zu haben. In einer am 16. Juni in Ohio gehaltenen Rede hatte er gegen die Verhaftung von kriegsfeindlichen Sozialisten protestiert und die Behörden aufgefordert, auch ihn festzunehmen. Ueberdies erklärte er in dieser Rede, daß der Krieg nur ein Geschäft des Kapitalismus sei. Ferner soll er Soldaten zur Meuterei aufgefordert und zur Verminderung der Verwendung von Kriegsmaterial beigetragen haben.

Die Liga der Menschenrechte an Wilson.

Laut „Hans“ forderte die Liga der Menschenrechte den Präsidenten Wilson auf, darauf hinzuwirken, daß die Ententeoperationen ihre Kriegsziele veröffentlichen und die Erklärung abgeben, daß sie nicht beabsichtigen, ihren Frieden dem besiegten Gegner aufzuzwingen, sondern daß sie den Frieden aus sich selbst heraus organisieren wollen zum Besten der Menschheit.

Es liegt nahe, bei dem Ruf der Liga der Menschenrechte, dieser Schöpfung eines so ideal gefärbten Geistes wie Preisens es war, aufzumerken, zumal in dieser Phase des Krieges, in der der Schrei nach dem Gewaltfrieden zum Kriegsziel geworden ist. Aber Vorsicht ist geboten. Was heißt das: den Frieden aus sich selbst heraus organisieren?

Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Liga der Menschenrechte vor gut zwei Jahren — in der Briand-Zeit — mit einem Bekenntnis zu der Forderung nach Wiederauslieferung von Maß-Lochungen hervortrat. Damit aber sprang sie den Kriegsverlängerern bei, und sie hat von ihrer Forderung seither nicht abgelassen.

Der Ruf der Liga regnet denn auch mit dem Siege der Alliierten. Sie sind es, die die Welt neu einrichten sollen, und bei diesem Werk sollen sie menschlichkeit gnädig verfahren. Was die Liga für den Friedensbau, der ihr vorzuziehen mag, voraussetzt, trennt ihre Forderung durch eine breite Kluft von dem, was wir Verständigungsfrieden nennen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Sperrgebiet um England neuerdings 16 500 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelschiffsräumtes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsersatzwahl in Berlin I.

Die Reichstagsersatzwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis an Stelle des verstorbenen Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf wird am 15. Oktober stattfinden.

Rühlmanns Abschied und Rühlmann-Projekt.

Zur Ansicht an die Entlassung des Staatssekretärs von Rühlmann macht die „Germania“ Andeutungen, nach denen Rühlmann, nachdem er aus dem Amte geschieden sei, seinen Staatsrat zurückziehen werde, wenn die Delegation ihm die versprochene Ehrenentlassung geben.

Ob die „Germania“ besonders triftige Gründe zu dieser Annahme hat, wissen wir nicht. Immerhin hat diese Frage deshalb ein gewisses Interesse, weil sie einen Schluß darauf zuließe, ob zwischen der Entlassung Rühlmanns und seinem Projekte ein Zusammenhang besteht.

Das beste Pferd.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kauft am Mittwochmorgen an die Cassische der Entlassung des Staatssekretärs von Rühlmann eine Lebensbeschreibung und eine Würdigung seines außergewöhnlich glänzenden Aufstieges. Das offizielle Blatt krönt diesen Teil des Artikels mit folgendem Schluß:

„Die Laufbahn des heute erst fünfundsiebzigjährigen zeigt, daß hier eine außerordentliche Begabung in geschichtlich besonders ereignisreicher Zeit den Weg zur Betätigung suchte und fand. In der Tat galt Herr v. Rühlmann, um einen alten Bismarckischen Ausdruck anzuwenden, als das beste Pferd im Stall der deutschen Diplomatie.“

Da weiß man nun wirklich nicht: Hinkt der Vergleich oder hinkt — das Pferd?

Agrarische Verbrüderung.

Die Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates reisen in diesen Tagen nach den baltischen Provinzen, um den dortigen Agrariern einen Besuch abzustatten. Die Reise erfolgt mit Unterstützung der Militärverwaltung, die es bekanntlich nicht gestattet, daß deutsche Reichstagsabgeordnete diese Gebiete bereisen, um sich durch persönliche Fühlungnahme ein Bild von den dortigen Verhältnissen zu schaffen.

Der neue Kriegskredit.

Dem Reichstag ist, wie bereits gemeldet, eine neue Kriegskreditvorlage in Höhe von 15 Milliarden den zugegangen. Durch diese Kreditforderung, die zwölftseitige Kriegsbeginn, wächst die Summe der Kriegskredite auf 139 Milliarden Mark. Die Liste der Kreditforderungen zeigt folgendes Bild:

1914 August	5 Milliarden Mark
Dezember	5 „ „
1915 März	10 „ „
August	10 „ „
Dezember	10 „ „
1916 Juni	12 „ „
Oktober	12 „ „
1917 Februar	15 „ „
Juli	15 „ „
Dezember	15 „ „
1918 März	15 „ „
Juli	15 „ „

Zusammen 139 Milliarden Mark.

Leider besteht noch immer keine Aussicht, daß dieser neue Kriegskredit der Letzte seines Stammes sein wird.

Konservative Opferwilligkeit.

Die „Kreuzzeitung“ versichert in ihrem Wochenrückblick, daß den Konservativen der Entschluß, der Wahlreform in ihrer jetzigen Gestalt zuzustimmen, recht schwer geworden ist, denn man sei damit den Wünschen der Linken und der Regierung ungemein weit entgegengekommen. Nach dieser dreifachen Verhöhnung der Entrechteten wird der Regierung zugerechnet, von einer Auflösung des Hauses Abstand zu nehmen, weil Neuwahlen während des Krieges das Durchhalten und die Leistungen der Heimat für die Kriegführung schwer beeinträchtigen müßten, abgesehen davon, daß in der Osterbewegung den im Felde Stehenden zugesagt ist, daß sie bei der Neugestaltung des Wahlrechts mitzureden und mitzureden dürfen — ein Versprechen, das die Regierung erfüllen muß!

Wirtschaftliches.

Tabakmangel.

Die dänischen Tabakfabriken müssen aus Mangel an Rohmaterial den Betrieb einstellen. Günstigenfalls erwarten sie für nächstes Jahr Tabak aus Amerika.

Aus Südbad und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. Juli.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs.

von der wir bereits am Dienstag mitteilen konnten, daß sie vorerliche, beschäftigte gestern abend den Bürgerausschuß. Der in Aussicht genommene Tarif ist nach der Vorlage des Senates folgendermaßen gestaltet:

a) Fahrtscheine. Es berechtigt ein Fahrtschein: Für 10 Pfennig zur Fahrt durch 2 Zonen ohne Umsteigeberechtigung, für 15 Pf. zur Fahrt durch 2-3 Zonen, für 20 Pf. zur Fahrt durch 5 Zonen, für 25 Pf. zur Fahrt durch 7 Zonen, für 30 Pf. zur Fahrt durch 9 Zonen mit einmaliger Umsteigeberechtigung.

b) Fahrtscheine für Erwachsene: 22 Stück 10-Pf.-Fahrtscheine zum Preise von 2 Mk. ohne Umsteigeberechtigung, 15 Stück 15-Pf.-Fahrtscheine zum Preise von 2 Mk., 11 Stück 20-Pf.-Fahrtscheine zum Preise von 2 Mk., 9 Stück 25-Pf.-Fahrtscheine zum Preise von 2 Mk., 7 Stück 30-Pf.-Fahrtscheine zum Preise von 2 Mk. mit einmaliger Umsteigeberechtigung, Sunde- und Gepäckheime 0,10 Mk.

c) Fahrtscheine für Schüler: 12 Stück Fahrtscheine zum Preise von 1 Mk. Die Schülerfahrtscheine sind dem Zonentarife nicht unterworfen und berechtigen zum einmaligen Umsteigen.

d) Arbeiter-Wochenkarten: Jahresverdienstgrenze 2500 Mk. Wochentags täglich 2malige Fahrt zum Preise von 1 Mk., wochentags täglich 4malige Fahrt zum Preise von 1,60 Mk.

e) Monatskarten für die Strecke Rüditz und Schlotup: Nur für 25- oder 30-Pf.-Strecken von und nach Rüditz oder Schlotup. Für täglich 2malige Fahrt zum Preise von 10 Mk., für täglich 4malige Fahrt zum Preise von 15 Mk.

Es ist demnach der 10-Pf.-Tarif zwar nicht ganz beseitigt worden, aber er gilt nur für eine Strecke über zwei Zonen. Bisher konnte man für 10 Pf. überall von der Peripherie der Stadt zum Bahnhof fahren. Das ist nach dem neuen Tarife nicht mehr möglich; dafür müssen in Zukunft 50 Prozent mehr, nämlich 15 Pfennig gezahlt werden. Die Verwaltung der Lübecker Straßenbahn sagt zwar, daß schätzungsweise im verflochtenen Jahre von 75 Prozent der Benutzer der Fahrtscheine zu 10 Pf. nur Strecken von 1 bis 2 Zonen zurückgelegt wurden und daß demnach fast die Hälfte aller Fahrgäste von der Tarifserhöhung gar nicht betroffen werde. Aber Unterlagen sind dafür nicht gegeben. So viel ist nun nach unserer Meinung gewiß, daß ein überaus großer Prozentsatz der Fahrgäste von Soldaten und Wundheilern besteht, und daß diese die Straßenbahn sehr selten oder gar nicht für so kurze Strecken, wie ein oder zwei Zonen es sind, in Anspruch nehmen. Demnach bleiben gerade sie nicht von der Tarifserhöhung verschont. Bisher hatte man auch die Umsteigeberechtigung auf einem 10-Pf.-Fahrtschein. Diese soll wegfallen und erst beim 15-Pf.-Fahrtschein beginnen.

Im übrigen sind für alle Strecken die Preise um 5 Pf. erhöht worden. Nur die Linie Lübeck-Schwartzau kann wie bisher für 20 Pf. durchfahren werden, weil der gegenwärtige Vertrag mit Schwartzau diesen Fahrpreis vorsieht.

Die Fahrtscheine für Erwachsene sind entsprechend den Einzelkarten im Preise gehalten. Sie kosten jetzt wie früher

10 Pf. für den ersten Preis, eine weitere Strecke durchfahren

Der gewendete Herr



Ein jeder Herr ist in der Lage, durch Waschen und Umarbeiten getragener Kleidungsstücke, seine Garderobe mit geringem Kostenaufwand tadellos neu zu erhalten. Gerade heute bei der großen Knappheit an Stoffen und Zutaten ist diese Einrichtung von großer Bedeutung.

Die tadellose Ausführung dieser Arbeiten übernimmt die Herren-Nach-Abteilung im 1. Stock meines Hauses.

RUDOLPH KARSTADT
LÜBECK

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß vermietbare Wohnungen und Wohnräume innerhalb dreier Tage nach Eintritt der Vermietbarkeit bei Vermeidung von Strafe dem amtlichen Wohnungsnachweis, Mengstraße Nr. 28, I, unter Benutzung der vorgeschriebenen Anmeldebekanntmachungen anzumelden sind, und daß solche angemeldeten Wohnungen, die inzwischen vermietet wurden, wieder abzumelden sind.

Lübeck, den 9. Juli 1918.

Die Behörde für Wohnungspflege.

Sammelt Kirchtürme!

Am 9. ds. Mts. starb in treuer Pflichterfüllung für sein Vaterland unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Ehre Ernst Schultz

Inhab. d. Eisernen Kreuzes 2. Kl. u. d. Hanjens-Kreuzes an Lungenerkrankung in einem Kriegslazarett im Westen.

Dieses zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Wäcker Ernst Schultz u. Frau Luise geb. Knapp. Lübeck, d. 10. Juli 1918. Um stille Beileid wird gebeten.

Löcherinnen gesucht. (3289)
Öffentl. Arbeitsnachweis Abt. für Frauen u. Mädchen Mengstraße 28, part.

Wünscht zu sofortigem Antritt:
1 tüchtiger Mann
(tauglich Zeemann) als Nachwächter für die Staatswache und die dort liegenden Staatsfahrzeuge. Meldungen daselbst in den Dienststunden. (3284)

Holzarbeiter

wachen laufend eingestellt

Albert Sühr,

Holtrave 20, Stauereibetrieb.

Bürsten - Einzieherinnen

werden gesucht.

H. Maschmann,
Königsstraße 114.

3287)

Bl. Inf.-Extra-Milch

zu verkaufen.

3277)

Derjesalstr. 24, III.

Umstände halber Haus in der Sanjstr. 64 mit 3x3 u. 3x2-Zimm. Wohnq. preisw. zu verk. (3278) Näheres daselbst part.

Bilderleisten

einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2878.

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz.

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

Einigungsämter, Zahlungsrisiken, Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitersekretär **Fritz Henek.**

Preis 30 Pf., nach auswärts 40 Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4, Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs.

Donnerstag, d. 11. Juli 1918:

Der Opernball

Operette von R. Heuberger.
Freitag, den 12. Juli 1918:
Letztes Gastspiel von **Eva-Alice Cron u. Rolf Ziegler**

Die verlorene Tochter

Lustspiel von Ludwig Fulda.
Sonnabend, den 13. Juli 1918:
Gastspiel von **Max Reichel** vom Karl-Schuffke-Theater in Hamburg

Wiener Blut.

Operette von Johann Strauß.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Riesen-Erfolg!

Allabendlich pünktlich 8 Uhr:

„Der Hias“

Über 100 Mitwirkende

Über 100 Mitwirkende

Ein heldisches Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.

Im 1. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. — Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. — Der Traum des verwundeten Leutnants.

Im 2. Akt: Der gescherte Alisi. — Das müde Front-Brett.

Im 3. Akt: Das Kriegsgewitter. — Die glänzende Filzweilagen: Sturm auf Schloss Mont Plaisir.

Mit Riesenerfolg über 3000 mal in allen größeren Städten Deutschlands aufgeführt.

Sonntag, 14. Juli nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung.
Zu dieser ungekürzten Nachm.-Vorstell. zahlen Militär u. Kinder halbe Preise.

Nach Schluß der Abendvorstellung verkehrt ein Straßenbahnwagen direkt nach Schwantau vom Hansa-Theater aus.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz!

Kartenverkauf: Holstendhaus, Holstendstr., Zigarrenhandlung Rörig, Schlüsselbuden, Musikhaus Odeon, sowie Theaterkasse von 11—1 vorm. und von 6 Uhr ab.

Hansa-Theater

Bestimmungen zum Sturze Kühlmanns.

Die „Tägliche Rundschau“ jubelt:
„Es war vergebens. Vergebens hat König Scheidemann gehandelt: Kühlmann-Krisis ist Kanzler-Krisis. Vergebens hat Herr Erzberger in seiner „Germania“ nach einer ersten Meinungsäußerung deklamieren lassen, es liege gar kein Grund für einen Rücktritt Herrn v. Kühlmanns vor. Vergeblich hieß das „V. L.“ lange Hände ob dem Haupte seines gefährdeten Lieblings. Vergebens wies der Genosse Noke nach, daß zwischen der Montagsrede des Staatssekretärs und der Dienstagsrede des Kanzlers gar kein Widerspruch bestehe, daß im Gegenteil Graf Hertling die Worte Herrn v. Kühlmanns bestätigt und unterstrichen habe. ... Ist das nun ein „Sieg der Altkonservativen?“ Man muß diese vorläufige Aus- und Unterlegung von vornherein mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es handelt sich nicht, wie unterstellt wurde und wird, um den Kampf eines Systems gegen ein System. ...“

„Kafalanzeiger“:
„Die Sozialdemokraten machen bereits Anstalten, die eben jetzt geforderten neuen Kriegskredite zu verweigern, weil angeblich die Ernennung des Herrn von Hünke zum Staatssekretär des Kriegszweigs mit einer grundlegenden Erweiterung unserer Kriegsziele gleichbedeutend sein könnte. Wir können ruhig abwarten, ob die äußerste Linke ihre Bereitwilligkeit nicht bald einzieht. Daß sie der aus den Reihen der Mehrheitsparteien hervorgegangenen Regierung den Platz verweigert, wird ihr von der Regierung selbst wie auch vom Zentrum und den Fortschrittlichen als ein taktisches Manöver durchgelassen, entgegen allen Gepflogenheiten in wirklich parlamentarisch regierten Ländern. Erst die Ablehnung der Kriegskredite, so erklärte gestern Abend ausdrücklich im Namen der Reichstagsmehrheit zur Folge haben. Die Sozialdemokraten tun so, als wenn sie bei diesem Zusammenbruch nichts zu verlieren hätten. Darüber werden die Meinungen auch in ihren eigenen Reihen sehr verschieden sein. Indessen hat Herr Scheidemann über diese Frage ebenso frei zu befinden, wie Graf Hertling frei ist in der Auswahl seiner nächsten politischen Mitarbeiter. Kommt es wirklich zu einer Ablehnung der Kriegskredite durch die äußerste Linke, so wären wir allerdings damit an einem Wendepunkt unserer politischen Entwicklung angelangt. Die Verantwortung dafür aber läge, das kann schon jetzt nicht laut und nicht bestimmt genug erklärt werden, bei den Parteiführern und nicht bei der Regierung.“

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Theodor Wolff:
„Die konservativen Annexionsmänner, die Vaterlandspartheibrüder und ihre mit dem Namen des Liberalismus sich deckenden journalistischen Freunde werden die Fahnen schwenken, als hätten nun auch sie in diesem Kriege eine Heldentat vollbracht. Herr v. Kühlmann geht. ...“

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat infolge dieses Wechsels, dieses Ueberganges von Kühlmann zu Hünke, heute die Kriegskredite zum ersten Male nicht gleich bewilligt, und sie behält sich ihre Entschlüsse vor. Das dürfte nur die erste politische Folge eines Vorganges sein, der angeht an der Politik nichts ändern soll. Die Wirkung auf das Ausland ist nicht zweifelhaft, die Kommentare braucht man gar nicht erst zu lesen, denn man kennt sie vorher. Wenn irgendwo schon ein kleines Friedenslichtlein angezündet war, so ist es nun vorläufig wieder ausgeblüht. Herr v. Kühlmann mit all seinen Schwächen, Fehlern und Unklarheiten, galt als der Träger der Verständigungs-idee. Die Meinung wird nicht ausgetrieben sein, daß der Träger fallen mußte, weil die Idee mißfiel.“

Die „Bosnische Zeitung“ untersucht die Folgen des Abtritts Kühlmanns auf die auswärtige Politik:
„Graf Hertling hat niemals zu denjenigen Politikern gehört, die die Welt zum Vorteile Deutschlands unterwerfen möchten. Sowohl als Abgeordneter wie als bayerischer Ministerpräsident wie auch als Reichskanzler hat er sich im Gegenteil immer durch eine sehr maßvolle Einleitungsart seiner Politik im ganzen und in Einzelheiten ausgezeichnet. Das hat sogar dazu geführt, daß so lange Graf Hertling bayerischer Ministerpräsident war, er von einigen politischen Heißjähornen einer übertriebenen Einführung in die Gedankenwelt der Gegner beschuldigt wurde. So ungerechtfertigt diese Vorwürfe sein dürften, so wenig gerecht wäre es auf der anderen Seite, ihm nun etwa zuzurechnen, daß er eine Abenteurerpolitik zu treiben beabsichtigt. Man wird deshalb gut tun, bei der vorläufigen Beurteilung des Gesandten von

Hünke, nie die Tatsache aus dem Auge zu verlieren, daß wir keinen Kanzlerwechsel haben, sondern daß der alte Kanzler mit der alten Politik nach wie vor verantwortlich für die Reichsgeschäfte bleibt.“

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt durchaus zutreffend:
„Von den Erklärungen der Regierung wird es abhängen, ob die jetzige Reichstagsmehrheit diese Regierung noch weiter unterstützen kann. Es wird aber keineswegs genügen, daß wieder eine mehr oder weniger platonische Erklärung der Bereitwilligkeit zu oft genug gegeben, und wir haben es kürzlich erst wieder erlebt, daß ein Redner der Linken aus den Reden vom Regierungsstilbe, genau das Gegenteil dessen heraushörte, was der Vertreter der konservativen Partei darin gefunden hatte. Vielmehr muß einmal deutlich und überlegen dargelegt werden, ob denn diese Regierung auch wirklich in der Lage ist, ihre eigene Politik zu machen, und keine Einflüsse außerhalb des Reichstages zu gelten, und keine Einflüsse außerhalb des Reichstages und der Regierung selbst in der Lage sind, eines Tages diese Regierung samt der von ihr betriebenen Verständigungs-politik über den Haufen zu werfen. Nur wenn diese Fragen klar und aufrichtig bejaht werden können, hat es einen Sinn, von einer durch die Mehrheit des Reichstages unterstützten Verständigungs-politik zu reden. In jedem anderen Falle ist es ein bedeutungslos, aber nicht harmloses parlamentarisches Mehrheitspiel, das daheim nicht, und noch weniger draußen imponieren kann und das nur dazu beiträgt, die deutsche Politik in schlechten Geruch zu bringen. Dann ist es die Pflicht der Regierung zurückzutreten und nicht weiter eine Verantwortung für Dinge auf sich zu nehmen, die außerhalb ihrer Kraft liegen und die sie also ungenügender nicht verantworten kann. Sache der Reichstagsmehrheit ist es, nicht weiter die Fortsetzung einer Politik zu begünstigen, von der man nicht weiß, wieviel davon Schein und wieviel Wahrheit ist.“

Der mutmaßliche Nachfolger Kühlmanns, Herr von Hünke, ist bürgerlicher Herkunft. Er ist 1868 in Schwedt a. O. als Sohn eines Kaufmannes geboren und trat im April 1892 als Seemann in die Marine ein. Im Sommer 1903 erfolgte seine Ernennung zum Marine-Attaché für die skandinavischen Staaten mit dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahr 1906 wurde er zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den erblichen Titel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter am kaiserlich russischen Hofe. Im Frühjahr 1911 trat er unter Verleihung des Charakters als Korvettenkapitän ins Auswärtige Amt ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt. Nach Kriegsausbruch erhielt er den Auftrag, die deutsche Vertretung in Peking zu übernehmen. Nach Abbruch der Beziehungen mit China kehrte er über Amerika nach Holland und Deutschland zurück. Im Juni 1917 ging Herr v. Hünke als Nachfolger von Dr. Michaelis nach Christiania.

Deutscher Reichstag.

Die zweite Lesung der Steuerentwürfe wurde gestern im Reichstag fortgesetzt. Die Einzelheiten erfahren unsere Leser aus nachstehendem Bericht. Hervorheben wollen wir nur, daß der Reichstag einen Kompromißantrag zur Börsensteuer annahm, der die Möglichkeit einer härteren Erlassung der Börsengewinne gibt. Im übrigen wurden alle Anträge unserer Genossen, die über die Ausschlußbeschlüsse hinaus eine stärkere Heranziehung der Besitzenden bezweckten, abgelehnt. Das war bei dieser Zusammenfassung des Reichstages herauszufehen. Heute sollen der Rest der Steuerentwürfe aufgearbeitet werden.

Berlin, 10. Juli 1918.
188. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Graf Koedern.
Die Fortsetzung der Steuerdebatte beginnt beim Gesetzentwurf zur

Änderung des Reichsstempelgesetzes.
§ 1 setzt den Stempel bei Errichtung von Gesellschaften auf 3 Prozent fest.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Wir lehnen auch dieses Gesetz aus volkswirtschaftlichen Gründen ab. Gerade für die soliden Gesellschaften ist der vorgelegene Stempel zu hoch, bei ihnen beträgt der gesamte Gewinn oft kaum 5 Prozent.

§ 1 wird angenommen.

Den Umschlagstempel bei Börsengeschäften hat der Ausschuß auf 2 vom Tausend festgesetzt, für die Kriegsteuer auf 5 vom Tausend. Ein Kompromißantrag will ihn auf 3 vom Tausend festsetzen und den Bundesrat ermächtigen, ihn auf 4 vom Tausend zu erhöhen und auf 2 vom Tausend zu ermäßigen.

Abg. Keil (Soz.): Dem Kompromißantrag stimmen wir zu. Wir verkennen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Börse keineswegs. Aber solange die Börsenquoten nicht erhöhrt sind, kann man uns als Vertreter der breiten Volksmassen nicht zumuten, die Interessen der Börsenkreise schützen zu helfen. Es handelt sich da um Schichten, die die Not des Krieges noch nicht am eigenen Leibe spüren, die dafür aber begeisterte Anhänger überpaunter Kriegsziele sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Treiben an der Börse zeigt, daß die Kriegsgewinne teuer noch lange nicht in ihr hart genug wirkt. Wir glauben zwar nicht, daß durch eine Steuer die Spekulationslust eingebüßt werden kann, wenn es aber die Kriegsgewinne nach diesen Börsengeschäften gelüftet, so liegt kein Grund vor, sie nicht hart zu besteuern. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Pfeleger (Z.), Dooe (Zp.), Zimmermann (U.), v. Brochhausen (K.), Warmuth (Dz.), Bernstein (U.S.), Kieffer (U.) wird der Kompromißantrag angenommen.

Keil (Soz.) beantwortet bei der Dividendensteuer und der Lohnteuern für Aufsichtsräte eine stärkere Staffelung und höhere Sätze.

Staatssekretär Graf Köderer bittet, es bei den von der Kommission beschlossenen Sätzen zu belassen.

Bernstein (U. Soz.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

David (Soz.) begründet einen Antrag, das Einkommen aus Zinseinkünften ebenfalls mit 10 Proz. zu besteuern. Für die Schonung landwirtschaftlichen Einkommens liegt kein Grund vor. Au Zinseinkünften vorzugehen, sei um so weniger gerechtfertigt, als die Zinseinkünfte immer seltener und seltener werden. (Bravo! bei den Soz.)

Warmuth (Dz.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag.

Pfeleger (Z.) erklärt sich gegen den Antrag.

Auf Antrag des Abg. Keil (Soz.) findet über den Antrag eine namentliche Abstimmung statt. Der Antrag wird mit 154 Stimmen gegen 133 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Artikel 8 bestimmt den Stempel für die Zinsen bei Geldumlagen von Kreditunternehmungen. Der Ausschuß hat ihn auf die Hälfte ermäßigt bei eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften und Sparfassen.

Ein Antrag Antrick (Soz.) will die Sparfassen gänzlich freilassen. Ein Antrag Warmuth (Dz.) will auch die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften freilassen, die Sparfassen jedoch nicht für Geschäfte, die dem eigentlichen Sparfassenverkehr fremd sind.

Keil (Soz.): Die Sparfassen dürfen nicht ebenso behandelt werden, wie die Banken. Das hat auch bereits der Ausschuß anerkannt, aber auch mit der Heranziehung zur Hälfte wird ihnen noch ein Schmelz des Reinertrages weggenommen, den Banken dagegen aus dem vollen Betrage nur ein Fünftel des Reinertrages. Deswegen wollen wir die Sparfassen völlig frei haben. Die Genossenschaften haben wir in unserem Antrag nicht aufgenommen, weil wir keine Mehrheit dafür zu finden glaubten. Wir werden aber für den Antrag Warmuth stimmen, jedoch nicht für den letzten Teil, der einen Unterschied zwischen den einzelnen Sparfassenangelegenheiten vorzieht.

Warmuth (Dz.) und v. Brochhausen (K.) bejournieren die Freilassung der Sparfassen sowie der Genossenschaften.

Graf Koedern: Es liegt kein Grund vor, die Sparfassen und Genossenschaften anders zu behandeln als die Banken. Will man es aber, so muß es mindestens aber beim Beschluß der Kommission bleiben.

Bernstein (U. Soz.) erklärt sich für die Anträge Warmuth und Antrick.

Der Antrag Warmuth wird durch Sammelung mit 162 gegen 117 Stimmen resp. mit 166 gegen 123 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Antrick erledigt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen. Der Entwurf zur Änderung des Reichsstempelgesetzes ist vom Ausschuß unverändert ge-

Rosi zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.
28. Fortsetzung.

„Gib!“ sagte er mit zornigem Vorwurf.
„Ruodi, liebster Ruodi, sei ein Mann, und alles wird gut werden.“

Dies sagend, sprang sie auf, schmeißte sich ihm mit dem Sprung einer Lagerte an den Hals, trich ihm schmeichelnd die Haare aus der Stirn, junkelte ihn mit feuerwerfenden Augen an und überhäufte ihn mit stürmischen Liebesworten, die er nicht von sich wies.

Rosi hatte genug gesehen, genug gehört. Mit brennenden Wangen und pochenden Schläfen wandte sie rückwärts aus ihrem Versteck, und als sie draußen auf der Matte im Sonnenschein stand, hätte sie die Sonne fragen mögen: Kannst du denn, darfst du denn das alles beschreiben?

Dann preßte sie die Hände auf die Brust, als wollte sie das furchtbare Hämmern ihres Herzens unterdrücken, und flüsterte in sich hinein: „Da ist eine Zwietel in der Welt, und die bin ich!“

Sie stand einige Minuten schweigend, schwindelnd. Ein Meer von Weh warf Regen in ihrer Seele. Endlich murmelte sie mit irrsinnig: „Ich möcht wohl den Wildsee wieder mal sehen.“

So ging sie die Bilgismatte aufwärts, immer aufwärts, bis sie zu der Felswand kam, die hinter der Rüttelhalde aufragt. Sie warf keinen Blick nach ihrem Hause hinunter, sie sah es gar nicht, sondern ging immer zu, sich in das Schluchtenwindweid vertiefend, das um den östlichen Abhang des Gletschers hergebreitet ist. Dem daherrauschenden, da und dort von Lawinentrümmern überbrückten Bach entgegen flog sie höher und höher in die Wildnis hinauf, als hätte sie der Welt und den Menschen entfliehen wollen, für immer.

So mochte sie eine Stunde und noch länger gestiegen sein, als sie, um einen Vorsprung der Bergwand biegend, den Wildsee in seiner tiefen Mulde vor sich liegen sah.

Es ist eine Szene von unendlicher Traurigkeit. Von drei Seiten steigen die Granitwände schroff und nackt empor, und in diesem Kessel breitet der kleine See seine dunkle Wassermasse aus. Mit grauen Moosbärten überhangene Arven stehen um das Ufer her und beleben nicht, sondern erhöhen nur das Dürre einer Debe, die einem das Herz beklemmt. Man muß den Kopf weit in den Nacken zurückwerfen, soll das in diesem Felsenkeller gefangene Auge droben ein Stückchen blauen Himmels erblicken. Selbst wenn die Sonne im Zenith steht, herrscht hier unten ein kaltes, bleiches Dämmerlicht, und die unheimliche Stille wird nur momentan durch den Pfiff eines Murmelkäfers droben am Gletscher unterbrochen oder durch den heiseren Schrei eines über die Schlucht hinfliegenden Geiers.

Rosi war dem See bis auf wenige Schritte nahegekommen, als sie zusammenstürzte und steben blieb.

Am Ufer sah ein Mann auf dem Stamm einer von der Zeit gefällten Arve. Er hatte die Arme auf die Knie und den Kopf auf die Hände gestützt. So schien er schon lange gesessen zu haben, auf die düstere Wasserfläche starrend. Jetzt aber wandte er den Kopf der Kommenden entgegen, und Rosi erkannte den Pfarrer.

Sie erwachte wie aus einem schweren Traume.
„Es sollte nicht sein,“ sprach sie bei sich, „oh, mein Gott, es soll nicht sein!“

11. Kapitel.
Am Wildsee.

Es waren auch keine heiteren Gedanken gewesen, die den Pfarrer von Windgellen schon frühmorgens in die Bergwildnis getrieben hatten.

Am gestrigen Abend war's Brenelli aus der Zwißl zu ihm ins Pfarrhaus gekommen und hatte ihn unter Tränen angegangen, der Mutter und ihr einen Rat an die Hand zu geben, was sich für die arme Rosi tun liege. Denn was seit vormittags in betreff des Ruodi und des Schwarzeißel im ganzen Dorfe in aller Munde war, hatte natürlich auch nach der Zwißl gelangen müssen, und jetzt war dort der Jammer groß. So etwas war der Zwißlbäuern noch nicht vorgekommen, und sie wußte sich in der ersten Bestürzung gar nicht zu helfen.

Der Pfarrer hatte heute am frühen Morgen mit der bekümmerten Mutter eine Unterredung in der Zwißl gehabt und war dann ins Rüttli hinabgegangen. Er hatte zu diesem Gange die ganze Stärke seines seelsorgerischen Pflichtgefühls aufzubieten müssen, umso mehr, da er wohl fühlte, daß bei dem Zustande der Sachen mit den gewöhnlichen pastoralischen Hausmitteln nicht auszukommen sei. Er wollte aber doch bei dem Ruodi einen ersten Versuch machen, zu retten, was überhaupt noch zu retten sei. Da er aber im Rüttli weder den Hausherrn noch die Hausfrau antraf und vom Warteis erfuhr, daß jener nach Ihum in den Dienst sei, mußte er einstweilen unrichtigere Dinge fortgehen, da er die Heimkunft Rosis nicht abwarten wollte. Er hatte nicht den Mut dazu, das Leid der armen Frau mit anzusehen. Schon die Debe und Stille des Hauses machte einen tiefen Eindruck auf ihn, dem er sich nicht lange hingehen mochte.

Hier waren alle Bedingungen eines friedlichen und glücklichen Daseins gegeben, dachte er im Fortgehen, und dennoch — was ist jetzt aus diesem Frieden und Glück geworden? Nur Zerstörung, Vertrauen, Wahnsinnigkeit, Liebe — alles dahin, der törichtesten Schwäche, der jämmerlichsten Stumpfheit zum Opfer gefallen. Oh, der Glende, der Glende! In den Armen einer herzlosen Gattlerin hat er das treueste Herz vergessen, das je für einen Mann geschlagen. Einer Schwarzeißel vorgelagert er eine Ruod geprüfert. Ist es denn möglich, wirklich möglich? Kann es denn sein, daß

der Mensch den lautersten Diamant wegwirft um einer Glasperle willen? Oh, du arme, arme Rosi, du wirst nicht verwirklichen, wirst nicht klagen, wirst ohne Murren dein Kreuz auf dich nehmen; aber du wirst auch all dein Leben lang nie mehr vom Herzensgrund lachen. So jung du noch bist, ist dein Leben doch schon beschlossen; denn was noch übrig bleibt, ist nur wie ein Schatten, den die Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirft. Glücklich kennst du nie mehr werden, denn du gehörst zu jenen Weisen, die nur glücklich sind, wenn sie beglückt, und beglücken kann nur ein ganzes, nicht aber ein bis in seine Tiefen zerfissenes Herz. Armes Weib, nicht drei volle Jahre ist dir der Mann treu geblieben, für den du tausend Tode gestorben wärest. Und du hast auch kein Kind, an dessen Lächeln du dir das wunde Herz heilen könntest, und das dich, indem es dir den süßen Namen Mutter zurief, erinnerte, daß dein Leben doch noch einen heiligen Zweck hätte. Nein, du bist nur dazu da, ein neues trauriges Beispiel für die trostlose Lehre abzugeben, daß das Schöne bloß geschaffen sei, um in den Staub getreten zu werden, und daß die Guten nur in die Welt kommen, um zu leiden. — Oh, diese Welt, diese Welt! Es liegt in dem finsternen Glauben an ihre Ver- und Durchtrufelung ein tieferer Sinn, als unsere Philistophe sich träumen läßt. Dieser Glaube ist nur der wahrnünige Aufschrei der Kreatur über die schreckliche, zwischen Geburt und Tod sich bewegende Komödie, in der wir alle in dieser oder jener Rolle aufzutreten gezwungen sind. Wohl dem noch, der nur eine allerbeideidende Nebenrolle zu spielen hat! Er entgeht wenigstens jenem Martrium, das die bleichen, todesbangen Stirnen jener Opfer wie zum Hohn mit Vorbeerbekrönt. Der banalsten Mittelmaßigkeit gehörte von jeder die Erde mit ihren Genüssen, während die Träger des Genius, die Verkünder des Ideals, alle die Denker und Dichter, Schar und Propheten, alle die wirklichen Helden der Menschheit als unerkannte, ja verkannte, verlassene und verfolgte Fremdlinge darüber hinwegwandelte und zufrieden sein müssen, wenn ihnen die Brotsamen vom Bankett des Lebens zufallen. Dann, wann sie, von Mühen und Sorgen verzehrt, in ihren frühen Gräbern schlummern, kommt die gemeine Betriebsamkeit und Eitelkeit herbei und läßt die Trompete und läßt die Pauke, und derselbe stumpfsinnige Haufe, der die Lebenden verkommen und verkümmern ließ, vergöttert die Toten oder stellt sich wenigstens so an. Da hast du gehört in der Zeitung gelesen, daß in England die Säcularfeier von Burns, in Deutschland die Säkularfeier Schillers aufgeführt begangen werden soll. Und den Burns liehen sie sein Leben lang zwischen der Bilgismatte und dem Schuttdamm sich abmühen und den Schiller liehen sie sich zu Tode arbeiten, und als der große Tote begraben werden sollte, war nicht Geld genug im Hause, den Sarg zu bezahlen. Oh, man könnte angehtig solcher Tatkunden unerschwer zu der Ueberzeugung kommen, das ganze menschliche Leben, die ganze Weltgeschichte sei nur eine Fronte des Satans.

Fortsetzung folgt.

assen und wird debattiert angenommen. Der Entwurf über die Kriegsteuer der Gesellschaften ist im Ausschuss umgeändert in ein Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für 1918, wodurch auch für die einmalige Kriegsabgabe der Einzelpersonen besondere Bestimmungen getroffen sind.

Bernstein (U. Soz.) begründet einen Antrag, das gesamte Mehrertrommen für Kriegsgewinne im Jahre 1918 wegzusteuern. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Abgabe von Mehreinkommen beträgt für die ersten 8000 Mark 5 Proz. und steigt für über 100000 Mark bis auf 40 Proz.

Bernstein (U. Soz.) begründet einen Antrag, diese Sätze zu erhöhen und ebenso einen Antrag, die Kriegsabgabe von Verträgen, die für die ersten 200000 Mark 1 Promille, für über eine Million 3 Promille beträgt, zu erhöhen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Kriegsabgabe der Gesellschaften beträgt 40 Prozent.

Ein Antrag Albrecht (U. Soz.) will dafür 50 Proz. ehen.

Reil (Soz.): Obwohl es angebracht wäre, die Gesellschaften höher zu besteuern, können wir diesem Antrag nicht zustimmen, wenn im vorigen Jahre beim Sicherungsgesetz hat man die Gesellschaften nicht zu höheren Veranlagungen verpflichtet. Der 60 Proz. übersteigende Gewinn ist also bereits ausgeschüttet.

Bernstein (U. Soz.): Es handelt sich um sehr kapitalträchtige Gesellschaften, die trotz der Ausschüttung dieser Gewinne die Steuer recht gut zu zahlen vermögen.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

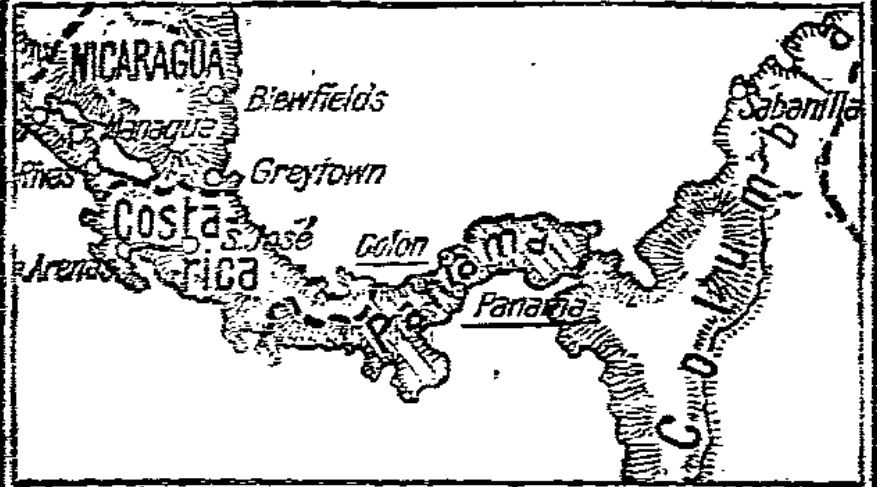
Hierauf verlegt das Haus die Beratung der anderen Steuer-Gesetze auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Der Schutz der kleinen Nationen.

Hast seit Beginn des Krieges konnten sich die Ententemächte nicht genug tun in der Bekämpfung des Vierbundes als des Unterdrückers der kleinen Nationen, und je länger der Krieg dauert, desto mehr erleben wir es, wie gerade der Viererband offen und heimlich — je nachdem es paßt — die kleinen neutralen Staaten mit keiner Rücksichtspolitik bis aufs Blut reinigt.

Seit einiger Zeit ist England am Werke, Island und seine Bewohner für sich zu gewinnen und von Dänemark zu trennen. Durch Agenten kauft England den gesamten Fischfang Islands auf, schließt einen Vertrag mit dem isländischen Premierminister, wonach sich dieser verpflichtet, fast die gesamte Wollproduktion der Insel an England abzutreten, obwohl große Partien davon bereits dänischen oder ausländischen Käufern, ja sogar dem dänischen Staate gehören, und verleiht auch sonst mit allen Mitteln sich in Island einen möglichst großen Einfluß zu verschaffen. Nach einer öffentlichen Mitteilung eines dänischen Landstings-Abgeordneten steht es außer Zweifel, daß Island sich bereits mit England in derartiger Weise als mit dem Mutterlande.



Der Schutz der kleinen Nationen.

Inzwischen sind amerikanische Truppen in den beiden Hauptorten der Republik Panama gelandet worden mit der Begründung, daß die lokalen Zustände in diesen beiden Städten das Eingreifen der Vereinigten Staaten auf Grund des Vertrages von 1904 rechtfertigen. Es ist bemerkenswert, daß in Panama auch nicht die geringsten Anzeichen vorzuliegen sind. Die Landung der amerikanischen Truppen bedeutet die Verletzung der Souveränität eines Staates, ohne daß sie auch nur durch die übliche Begründung mit Schutzergreifen oder humanitären Schwierigkeiten gerechtfertigt sind.

Endlich haben sich die Japaner zu einer friedlichen Durchdringung Boliviens entschlossen, nachdem man ihnen in Nordamerika bei ihrer Einwanderung allerlei Schwierigkeiten bereitet hatte. Die vorangehenden Verhandlungen hinter den Kulissen sind natürlich nicht bekannt. Jedenfalls hat Bolivien jetzt — wohl einem koreanischen Drucke Japans folgend — einen besonderen Gesandtschaften nach Tokio entsandt, um Vereinbarungen über die japanische Einwanderung in größerem Maße zu treffen. Es handelt sich um Einwanderungsfragen von wenigstens je 10000 japanischen Jägern, die in der Provinz Santa Cruz in Bolivien wohnen sollen. Die nordamerikanischen Staaten sind darüber einigermassen besorgt und verlangen eine Annahme der Monroe-Doktrin

auch auf das Problem der gelben Einwanderer auf dem amerikanischen Kontinent.

Aus der Partei.

Die Kandidatenausschließung zu den Parlamentswahlen. Die Wahlkreis-Konferenz des 11. badischen Reichstagswahlkreises Mannheim-Weinheim-Schweigenen beschäftigte sich auch mit einer Anregung des Reichstagsabgeordneten Gnossen Ged wegen der Aufstellung der Kandidaten zu den Parlamentswahlen. Genosse Ged führte aus, es müßten künftig bei der Aufstellung von Kandidaten in stärkerem Maße als früher die politische Gesichtspunkte statt der rein kreispolitischen auszuwählen sein; es solle in Verbindung mit dem Landesvorstand ein zentraler Wahlausschuss für die Kandidatenberufung in Tätigkeit gesetzt werden. Die Konferenz schloß sich den Anschauungen des Gnossen Ged an und nahm einen Antrag an den Parteitag in Mannheim an, in dem es heißt: „Die Aufstellung der sozialdemokratischen Bewerber bei den nächsten Landtagswahlen hat zu erfolgen im Benehmen mit einem großen Wahlausschuss zu dem der Landesvorstand durch Vertreter der für die Partei wichtigen Bezirke des Landes zu erweitern ist. Es ist dabei in erster Linie auf die persönliche Eignung der Bewerber, dann aber auch auf die Vertretung der einzelnen Landesteile nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“

Die neue Sozialdemokratie in Finnland. Einer Selbsterklärung zufolge ist die seit einiger Zeit angekündigte neue sozialdemokratische Partei Finnlands unter dem Namen „Sozialdemokratische Reformpartei Finnlands“ gegründet worden. Das Programm der neuen Partei enthält unter anderem folgende Punkte: Finnland soll Republik sein, Referendum in Gesetzgebungsfragen, Witz an der Seite der ordentlichen Kriegsmacht, Schiedsgerichte zwischen den Nationen, vollständige Redefreiheit und Koalitionsfreiheit, Gleichstellung der Frau mit dem Manne in allgemeiner und privatrechtlicher Hinsicht, Religion als Privatangelegenheit, Trennung der Kirche vom Staate. Außerdem ist ein besonderes Bodenreformprogramm beschlossen worden, das darauf hinzielt, den Besitz, die Wälder und Klüfte zu verstaatlichen und die Pächter zu Selbstbesitzern oder Staatspächtern zu machen.

Kriegsziele und Ententsozialisten und Völkerbund.

Das Parteivorstandsmittglied Reichstagsabgeordneter Hermann Müller-Reichenbach nimmt in der jüngsten Nummer der „Neuen Zeit“ erneut Stellung zur Kriegszielentscheidung der Ententsozialisten. Die deutsche Sozialdemokratie habe an ihrem Stockholmer Memorandum fest. Nur ein solcher Friede komme für sie in Betracht, der die territoriale Unversehrtheit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit des deutschen Reiches gesichere. Einen anderen Frieden werde sie sich auch auf einer internationalen Konferenz nicht aufreden lassen. Dann sei sei nicht gesonnen, durch Annahme schrittweiser angeblich sozialistischer Friedensprogramme die Geschäfte des Entente-Imperialismus zu besorgen. Eine internationale Sozialistenkonferenz könne solange die territorialen Fragen nicht mit Erfolg erörtern, als die Ententsozialisten nicht einsehen, daß der Verzicht auf Annexionen auch gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn gelten müsse, mit anderen Worten, daß die Regelung der Elb-Lothringischen Frage eine innerdeutsche und die Regelung der österreich-ungarischen Nationalitätenfrage eine innere Angelegenheit der Donaumonarchie ist. Genosse Müller erörtert dann die Möglichkeit, auf einer internationalen sozialistischen Konferenz Aufbau und Aufgaben des Völkerbundes zu erörtern. In sich könnte eine solche Arbeit sehr fruchtbringend sein, aber die Ententsozialisten wollten den Völkerbund auch zur Regelung der europäischen und territorialen Gebietsfragen heranziehen und ihm Entscheidungen zureiseln, die dem Vierbund nur durch die Kraft des Schwertes in einen Gewaltfrieden aufzwingen werden könnten. Deutschland werde über das deutsche Elb-Lothringen nur verhandeln, wenn es militärisch besiegt sei. Auch die Zerstückelung Österreich-Ungarns und die Zerstückelung der Türkei seien nur mit militärischen Mitteln zu erreichen. Es sehe nicht danach aus, als ob dies der Entente gelingen könne. Einen Bund der Nationen, der zu solchen Verurteilungen mißbraucht würde, würde vornehmlich den Todesstein in sich tragen und bei den Völkern der Mittelmächte nur Mißtrauen wecken.

Gewerkschaftsbewegung.

Au einem Flugzeugarbeiterstreik in England sind bisher über 22000 Arbeiter beteiligt. Der Ausbruch nimmt immer größeren Umfang an.

Aus Nah und Fern.

Die künstlerische Hauptache. Ein sehr junger und sehr begabter Regisseur wurde vom Rat einer mittelbayerischen Großstadt gefragt, ob er bereit sei, die Intendanz der Stadttheater zu übernehmen. Die Verhandlungen gelaufen überaus schnell und der junge Herr erschien alsbald persönlich beim Oberbürgermeister. Alles schien einem guten Ende entgegenzueilen, bis der Stadtwater sprach: „Gut, nu wäre ja wohl alles soweit in Ordnung. Aber da is noch ein gleicher Punkt: Gennien Sa sich nich a Schnur z bört jähren lassen?“

Die Konfirmations-Gans. Folgendes hektographierte Schreiben des Seelhergers der Gemeinde Zettitz, Kreis Krossen a. d. Oder, wird dem „Vorwärts“ überliefert:

Für die Konfirmation Ihrer Tochter steht mir eine Gans zu. Ich bitte Sie, daß Sie sich hierauf einrichten. Ich bin bereit, die Gans auch jetzt schon anzunehmen. Zettitz, den 17. Juni 1918. Vorhauer, Pfarrer.

Geistlich ist Geschäft. Der Geistliche lieiert den Eltern ein in den ewangelischen Heilswahrheiten unterrichteteres Mägdlein, und die Eltern feiern dem Geistlichen eine Gans. Die Befürchtung des Einzelnders, der Herr Pfarrer könne an dem Gänzüberfluß gesundheitlich Schaden nehmen, teilen wir nicht. Denn die Kirche hat einen guten Magen, und schimmtenfalls gibt es in den Städten heutzutage genug Abnehmer, die für eine Gans 50 bis 100 Mark zahlen.

Wo blieb die Butter? Einer Bauersfrau aus dem Kreise Albstadt wurde von einem Gendarm Butter, die sie ihren eine Kleinkinderin besuchenden Kindern übermitteln wollte, beschlagnahmt. Der von der Frau gegen dieses Verfahren eingelegte Einspruch hat das überraschende Ergebnis gezeitigt, daß bei näherer Stelle weder ein Anzeiger eingelaufen, noch die Butter abgeliefert ist. — Die scheint also in den ungesunden Hals gekommen zu sein.

Die Kriegsgewinnler und die Klaffter. Eine bekannte Buchhandlung erhielt dieser Tage folgendes Schreiben: „Hierdurch bitte ich um gefl. unverbindliche Offerte für eine schön. Halsbibliothek. Bevorzugt werden die Weimarerische deutscher Klaffter. Es sollen aber eventuell nicht große oder schmale Bücher, wie sie hier zu kaufen sind, in Frage kommen, sondern kleine dicke Bücher, ungefähr 30 Millimeter Dicke (und auch mehr) und etwa 200 Millimeter Höhe, mit nur elegantem, festem Einband. Erwünscht wäre mir auch bei den Klafftern die Angabe der meist gebrauchtesten (1), sowie die ungefähre Anzahl der überhaupt von den einzelnen Klafftern herausgegebenen Werke und ob ich diese in einheitlicher Form, Farbe, bezw. Einband noch gefestigt bekommen könnte. Zum Schluß bin ich für Überlassung einiger Broschüren, womit ich mich über Ihren Bestand und besonders die gültigen Preise etwas informieren könnte, sehr dankbar.“ — Der Herr will sich jetzt offenbar einen gebildeten Antritt geben. Einem Weimarer hat er antwortend schon gekostet, und nun will er Klaffter haben, die gerade eintröpfeln. Daß es Klaffter gibt, weiß er, er möchte sie noch wissen, welches die „gebährlichste“ sind, und wieviel Werte die einzelnen Klaffter ungefähr heraus-

gegeben haben. Das sind die „neuen Reicher“, deren gewisse Kreise auch in Lübeck besondere Vorrechte gegenüber der Allgemeinheit einräumen möchten.

Nichts mehr zu essen für die Gefangenen. Eine Genossin erzählt im „Lingener Tageblatt“, daß sie wegen Uebertretung der Meldepflicht zu einer Arreststrafe von achtundvierzig Stunden verurteilt wurde, welche sie in Schwannentadt verbringen sollte. Als sie sich dort „antastete“, wurde ihr bedeutet, daß die Gefangenen nicht für sie gegessen werden, weil keine Lebensmittel da seien, man habe für die Gefangenen nichts zu essen. Der Hangel schlag habe sonst Schaden gemacht, daß keine Vorräte zur Verfügung stehen. Da hat man wahrhaftig für die Häftlinge schon die nächste Ernte bestimmt. Wenn die Genossin nun darauf verweisen will, ihre Strafe zu absolvieren, so muß sie es machen wie die Sommergäste, muß zuerst auf eine Hundsfahrt ausgehen und Vorräte sammeln, nachher wird ihr gnädig die Tür des Arrestes geöffnet werden. Sonst gibt's das nicht. Da könnte es gar manchen Leuten einfallen, die Meldepflicht zu verletzen, damit sie auf achtundvierzig Stunden versorgt wären. Auf eine solche Verlegung zu spekulieren ist also jetzt schon auch nicht mehr sicher, da müssen schon schlimmere Dinge vorliegen als eine Verletzung der Meldepflicht. Das Leben wird wahrhaftig immer schmerzlicher!

Gespefferte Preise. Die ungarische Regierung hat sich zu scharfen Maßnahmen gegen die unerhörten Preistreiberien in den ungarischen Badeorten, besonders am Plattensee, entschlossen. In welcher Höhe der Wohnungs- und Lebensmittelwucher in den Plattenseebädern nicht geht aus der Tatsache hervor, daß in Szeged für ein Zimmer pro Monat 2500 Kronen verlangt werden, und dreizehnstellige Wohnungen für 6000 bis 12000 Kronen vermietet wurden. Ein Liter Milch kostet 3 Kronen, ein Aufschnitt 40 Kronen, eine Fleischspeise 20 Kronen. Für die Miete einer Parkettstube am Strand werden 400 bis 500 Kronen verlangt. Im Laufe dieser Woche wird eine Regierungsverordnung erscheinen, die die Hotel- und Wohnungsverhältnisse sowie die Speisentarife in sämtlichen Badeorten Ungarns regelt. Diese Verordnung wird rückwirkende Kraft haben, so daß die Hoteliers und Vermieter gezwungen sein werden, die Differenz zwischen den erhöhten Zimmerpreisen, die bisher bezahlt wurden, und den festzustellenden Höchstpreisen den Kurgästen zurückzuerstatten.

Glückliches Österreich, heirate! Es ist unsern Lesern bekannt, daß im deutschen Großen Hauptquartier auf dringenden Wunsch des Kaisers von Österreich beschlossen worden ist, die deutschen und österreichischen Getreidevorräte gemeinsam bis zur neuen Ernte zu bewirtschaften, um so die unlöslichen Schwierigkeiten in Österreich zu beseitigen. Wie nötig diese Rettungsaktion ist, bezeugt die folgende Anzeige, die am 29. Juni im „Grazer Volksblatt“ zu lesen war:

Für große Hochzeit wird Herrschaftslohn auf ein Schloß bei Marburg für einige Tage vom 5. bis 9. Juli gesucht. Anträge an Fr. Wolfbauer, Graz, Glacisstraße 57, zu richten bis längstens 3. Juli.

Witter, aber nicht mit Unrecht bemerkt unser Wiener Arbeiterblatt dazu: „Für diese große Hochzeit, bei der das ständige Küchenpersonal des Schlosses also nicht allein imstande ist, all das zu kochen, zu braten und zu backen, was einige wohlgestellte Durchhalter vertilgen wollen, muß es Sachen in Hülle und Fülle geben. Wie wäre es, wenn sich die Requirierungen von 10 Millionen als ein geladen fühlen würde und in diesem Schlosse eskaliere? Eine Kriegsküche könnte sicher wochenlang von den Vorräten leben, die dort im Ueberfluß aufzufinden sein würden.“

Eisenbahnkatastrophe in Amerika. Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Personenzügen wurden nach einer Reutersmeldung aus Nashville 100 Personen getötet. Das Hospital ist überfüllt. Mehr als 80 Personen wurden verwundet. In einem Waggon wurden alle Reisenden getötet. Die Maschinen und Heizer heider Züge sind tot. Die Ursachen des Zusammenstoßes sind unbekannt.

Genossenschaftsbewegung.

Zusammenwirken skandinavischer Genossenschaften. Nach einer Stockholmer Meldung beabsichtigen die kooperativen Zentralorganisationen der nordischen Länder, die unseren Konsumvereinen entsprechen, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen und in Kopenhagen eine Einkaufszentrale zu errichten. Zunächst will sich der Einkauf nur auf Kolonialwaren, Kaffee, Reis, Süßfrüchte und ähnliches beschränken, die ohne den bisherigen Zwischenhandel über London, Hamburg usw. direkt von der Produktionsstelle bezogen werden sollen. Das von den beteiligten Ländern Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland gebildete skandinavische Komitee, das die Ausarbeitung des Planes leitet, sieht für später weitere Ausdehnung vor, wie beispielsweise eigenen Betrieb von Plantagen und direkten Einkauf von dort, eigene Frachtdampfer für den Warentransport, eigene Fabrikation und Herstellung sonstiger Gebrauchsdinge usw. Die interessierten und beteiligten Kooperativen verfügen über ein Kapital von 40 Millionen Mark.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo bleibt das Gemüse?

Wenn man sonst des Mittwachs oder Sonnabends morgens die Mengstraße hinauf ging, konnte man zu beiden Seiten der Straße, oftmals sogar bis in den Schüsselboden hinein, ganze Reihen voll beladener Gemüswägen sehen! Kommt man jetzt diesen Weg, sieht man hier nur noch vereinzelt mal einen Wagen halten, und in der Markthalle selbst drängen sich die Leute bei den wenigen, zum Verkauf gestellten Waren. — Unwillkürlich drängt sich einem dabei die Frage auf: Wie ist es nur möglich, daß gerade jetzt in der so gemühereichen Zeit, nur so wenig für Stadt gebracht wird? — Sollte es sich wirklich bewahrheiten, daß die hier am Markt fehlenden Gärtnern nicht mehr daran denken, ihre Ware der Lübecker Bevölkerung bringen zu wollen, sondern diese lieber, zu selbstverständlicher Höhe Höchstpreisen, bei Nacht und Nebel nach den Badeorten bringen? Oder wird den Gärtnern jetzt die Ware aus dem Hause geholt, so daß es sich erübrigt, zur Stadt zu fahren? Oder müssen erst die Hotels, Speisewirtschaften, Private usw., ebenso wie mit den Fischen, reichlich versorgt werden? Und, wenn dann noch etwas übrig bleibt, wird dann, vielleicht erst dann, gnädigst an die Allgemeinheit gebracht? — Nähere Klärung tut wirklich not! Denn ein größeres Unrecht könnte eigentlich nicht geschehen werden, denn die Stadtbevölkerung hat schon so wie so sehr in der Kriegszeit zu leiden. Wäre es daher nicht recht und billig, daß durch einen Druck auf die betreffenden Händler diese dazu gezwungen würden, endlich mehr Ware zur Stadt resp. zu ununter, sonst wertlosen Markthalle zu bringen? Es wird immer vom Durchhalten gepredigt und immer darauf hingewiesen, daß als Ersatz für fehlende Waren jetzt reichlich Gemüse da wäre, aber, wenn nichts zum Verkauf an die Allgemeinheit kommt, nützen Versprechungen absolut nichts. Die Unzureichlichkeit, speziell unter den mittleren Schichten ist doch noch gerade reichlich genug gespürt. — Die Gärtnern sollten ihren Patriotismus endlich mal mehr dadurch zeigen, dem Markt resp. der Stadt mehr Waren zuzuführen und nicht nur für sich und Familie ihrer großen Tischen zu streben. Undernfalls müßte für einen Zwang, zurecht Ablieferung einer gewissen Menge Ware nach Lübeck gezwungen werden. Es gibt doch auch nur wenige, denen es vergönnt wäre, sich wie Kriegsgewinnler im Badeort oder in der Sommerfrische durchzuführen zu lassen. Darum ist recht baldige Abhilfe vorstehender Mängel dringend erforderlich. M.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedrich Reiter & Co. Gedruckt in Lübeck.